



18 Prozent gelten als gefährdet

In Österreich ist das Armutsrisiko geringer als im EU-Schnitt. Auch hat sich die entsprechende Gefährdung in den vergangenen Jahren reduziert. Dennoch waren 2016 immer noch 1,5 Millionen Menschen der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen, zeigt die aktuelle EU-Vergleichsstatistik SILC, die am Dienstag präsentiert wurde.

[Auf Facebook teilen](#)[Auf Twitter teilen](#)[Auf Google+ teilen](#)

Insgesamt gelten 18 Prozent der österreichischen Bevölkerung gemäß EU-Berechnung als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das ist ein minimaler Rückgang gegenüber 2015, als 18,3 Prozent zu der Gruppe gezählt wurden. Immerhin, der Wert lag auch schon einmal wesentlich höher, etwa 2008 mit 20,6 Prozent. Interessant ist der internationale Vergleich: Während in Österreich die Gefährdungsquote in diesem Zeitraum um 2,6 Prozent abnahm, blieb sie in der EU gesamt bei 23,7 Prozent stecken.

Zahl der Kinder als Indikator

Gegenlenken will das SPÖ-Regierungsteam mit der Förderung besonders betroffener Gruppen. So plädierte Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) bei der Präsentation des Berichts erneut dafür, die „Aktion 20.000“ für ältere Langzeitarbeitslose nun auch tatsächlich umzusetzen. Frauenministerin Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) setzt auf einen Ausbau der Kinderbetreuung inklusive Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr, um die Erwerbsbeteiligung von Müttern zu erhöhen.

Warum hier Handlungsbedarf besteht, zeigen die von Statistik-Austria-Direktor Konrad Pesendorfer präsentierten SILC-Daten. Laut diesen sind Frauen mit 42 Prozent öfter von Armut und Ausgrenzung betroffen als Männer (32 Prozent) und Jugendliche (23 Prozent). Auffällig ist, dass, je mehr Kinder vorhanden sind, die Gefährdung umso größer ist, besonders wenn Frauen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Auch zeigt sich, dass mehr Probleme auftreten, wenn die Kinder noch im Vorschulalter sind.

Langzeitarbeitslose besonders stark gefährdet

Für Rendi-Wagner ist das Anlass, neben dem zweiten Gratiskindergartenjahr, das ab 2018 gelten soll, den großen Ausbau der Kinderbetreuung vor allem für unter Dreijährige zu forcieren. Ebenfalls drängt sie auf bessere Öffnungszeiten und weniger Schließtage. Stöger wiederum will die Umsetzung der in der Koalition festhängenden „Aktion 20.000“, mit der Langzeitarbeitslose in gemeinnützigen Organisationen und Gemeinden geförderte Arbeitsplätze finden sollen. Der Sozialminister verwies darauf, dass 79 Prozent aus dieser Gruppe sozial gefährdet seien und daher entsprechende Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Frauen in der Armutsfalle

Die Armut- und Ausgrenzungsgefährdung ist laut EU-Vergleichsstatistik SILC, die am Dienstag präsentiert wurde, in Österreich leicht gesunken. Mit der Zahl der Kinder wächst jedoch das Armutrisiko, wie die Daten weiter zeigen. Am häufigsten betroffen sind laut Statistik Austria Frauen - insbesondere wenn sie nicht erwerbstätig sind. Auffällig ist laut der Statistik auch, dass mehr Probleme auftreten, wenn die Kinder noch im Vorschulalter sind.